



An den Bürgermeister
der Stadt Haltern am See
Herrn Andreas Stegemann
Rathaus Dr.-Conrads-Straße 1

45721 Haltern am See

07.03.2024

Antrag zum Beitritt zur Trierer Erklärung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stegemann,

bitte setzen Sie diesen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, WGH, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Haltern am See am 21.03.2024.

Beschlussentwurf

Der Rat der Stadt Haltern am See schließt sich der Trierer-Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.

Begründung

Die Enthüllungen der Rechercheplattform „Correctiv“ bewegen Hunderttausende im Land. Bei einem Treffen in einer Villa in Potsdam am 25.11.2023 sind konkrete Pläne besprochen worden, die eine so bezeichnete „Remigration“ von Bürgerinnen und Bürgern zur Absicht nehmen, die nicht in das faschistische Weltbild der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Treffens passen. Faktisch handelt es sich um nichts anderes als umfangreiche Deportationspläne für Millionen von Menschen.

Auch in unserer Stadtgesellschaft in Haltern am See regt sich heftiger Protest, der einen Höhepunkt in der Kundgebung mit anschließender Demonstration am 27.01.2024 erreichte. Vor diesem Hintergrund beantragten wir, der Rat der Stadt Haltern am See möge sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetags vom 18.01.2024 anschließen.

Trierer Erklärung

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.



Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Griesbach
Fraktionsvorsitzender CDU

Beate Pliete
Fraktionsvorsitzende SPD

Sarah Radas
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Marlies Breuer
Fraktionsvorsitzende WGH

Kai Surholt
Fraktionsvorsitzender FDP